

Die „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM. jährlich 12 Briefgebühren. Die einzelnen Nummern kosten 1 Pfennig.

Briefetal-Bote

Einsetzen werden in den Briefkasten: Briefenwerder, Bahnhof-Allee 8 und von allen Postämtern entgegenzunehmen. Die neuzeitliche Postzeitung folgt 26 Pfennig, die Restmenge 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder,
Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieje, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier,
Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechender: Amt Birtenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birtenwerder und Schönfließ

Nr. 133 Postfachkonto: Berlin 62.448 Sonnabend, den 27. November 1926 Postfachkonto: Berlin 62.448 25. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Definitive Mahnung.

Die bisher nicht gezahlten Steuern vom Grundvermögen sowie Hauszins, Gewerbesteuer und Kapital, Hund- und Kreis Hundesteuern für November werden hiermit zur Zahlung bis zum 30. November d. Js. angemahnt.

Nach diesem Termin erfolgt die sofortige Zwangsversteigerung.

Birtenwerder, den 26. November 1926.

Die Gemeindevorsteherin.

Hohen Neuendorf

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Für Fährtenabgabe werden berechnet:

Graben bis 3 Wagen je Wagen	4.45 RM.
desgl. bei Verwendung von nur 11 m Schlauch je Wagen	3.85
Graben bis 5 Wagen je Wagen	3.85
desgl. bei Verwendung von nur 11 m Schlauch je Wagen	3.25
Graben bis 8 Wagen je Wagen	3.25
desgl. bei Verwendung von nur 11 m Schlauch für die ersten 5 Wagen je Wagen	3.25
der 6. Wagen	2.65
dagegen 7 und 8 Wagen je Wagen	2.65
Graben von mehr als 8 Wagen je Wagen	2.65

Was gibt es Neues!

- Der Reichskammer fandte dem deutschen Botschafter in London, Dr. Etkamer, zur Vollendung des 70. Lebensjahres telegraphisch seine warmsten Glückwünsche.
- Dr. Stresemann wird Mitte Dezember einen offiziellen Besuch in Hamburg machen.
- Der Reichstag lehnte nach Beendigung der außerparlamentarischen Ansprache den völkischen und kommunistischen Wirtsausschlag ab.
- Am 8. Dezember beginnen in London neue deutsch-englische Industrie-Verhandlungen, an denen sich Reichsminister Graf Dr. Dunsberg, Geh. Rat Kasl. Kommerzienrat Frowein und Dr. Dörlle beteiligen.
- Der Generalsekretär des Völkerverbundes, Sir Eric Drummond, wird für Sonntag in Berlin erwartet.
- Der Entwurf eines Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat liegt jetzt vor.
- Durch Nebel wurde der Hamburger Schiffsverkehr lahmgelegt.
- Geh. Kommerzienrat Georg Arnold ist auf der Heimreise von Meran in Innsbruck gestorben.

Sirifstellers Wohnungsbauprogramm.

30prozentige Erhöhung der Mieten.

Im Wohnungsausschuss des Preussischen Landtags entwickelte Wohnungsausschussminister Sirifsteler sein Wohnungsbauprogramm für 1927. Der Aufruf vom Oktober, so führte er aus, sollte erreichen, daß im nächsten Jahre so bald wie möglich mit dem Neubau angefangen und mindestens 200 000 Wohnungen gebaut würden. Dafür sei etwa eine Milliarde Mark an zweifeln Hypotheken erforderlich. Der Markt für die ersten Hypotheken sei derartig, daß die Nachfrage befriedigt werden könne. Um die gewünschten 200 000 Wohnungen zu schaffen, habe er in seinem Aufruf 30 Prozent Hauszinssteuer vorgeschlagen. Er habe aber nicht gesagt, daß diese 30 Prozent vom 1. April ab erhoben werden sollten.

Am 1. Januar 1928 müßten die Mieten mindestens um 8 Proz. erhöht werden. Sirifsteler schlägt vor, eine Erhöhung um 10 Proz. schon am 1. April 1927 einzutreten zu lassen und die Einnahmen dieser Erhöhung aus den ersten neun Monaten für Neubauszwecke zu verwenden. Das würde etwa 150 Millionen Mark ergeben. Daneben halte er auch die Anbringung einer großen Anteile für den Wohnungsbau für notwendig.

Finanzminister Dr. Söpler-Mischoff hielt das Zustandekommen einer Anleihe für fraglich. Das Programm könne vielleicht so durchgeführt werden, daß man sich auf 150 000 Wohnungen beschränke. Wenn man 30 000 Wohnungen ansetze, die ohne Hauszinssteuer gebaut werden, so würden für die noch verbleibenden 120 000 für Hauszinssteuerhypothek 600 Millionen Mark erforderlich sein. Ein anderer Weg sei die Beipfändigung der bereits bestehenden staatlichen Hauszinssteuerhypothek. Bei entsprechender Bürgschaft könnten die Hypothekendarlehen durch Obligationen das Geld aufbringen. Der Weg könne aber nur beschritten werden, wenn die Garantie für die Verzinsung und Tilgung da sei. Daher müsse die Hauszinssteuer stabilisiert werden.

Man müsse den Mut haben, zu erklären, daß die Hauszinssteuer bereuigt werden müsse.

Auf die Hauszinssteuermittel, die jetzt auch für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet würden, könnten weder der Staat noch die Gemeinden verzichten. Die Beiräumigung der Hauszinssteuer könne aber nur durch ein Reichsgesetz erfolgen. Die Reichsregierung sei sich schon in dieser Hinsicht einig.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Der Entwurf liegt jetzt vor.

Nummehr liegt der Entwurf eines Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat und der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat vor, die der Reichswirtschaftsminister dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung überwiesen hat. Der erste Entwurf ist verhältnismäßig kurz. Paragraph 2 des Entwurfes setzt die Zahl der Mitglieder des künftigen Reichswirtschaftsrats auf 123 (bisher 326) ständige Mitglieder fest, außerdem können für einzelne Sitzungen oder Verhandlungsgegenstände nichtständige stimmberechtigte Mitglieder nach Maßgabe des Ausführungsgesetzes einberufen werden.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat behandelt in Abschnitt I die Mitgliedschaft, im Abschnitt II die Organisation und Arbeitsweise des Reichswirtschaftsrats. Abschnitt III behandelt die Ermächtigung der Reichsregierung hinsichtlich der Ernährungsbedingungen, Preisföhrung, Wahlprüfung, Einberufung sowie Uebertragungsbestimmungen.

Eine eingehende Begründung zu den beiden Gesetzentwürfen geht auf die Geschichte des durch Verordnung der Reichsregierung vom 4. Mai 1920 ins Leben gerufenen vorläufigen Reichswirtschaftsrates ein.

Frankreich und Italien.

Wird Briand mit Mussolini zusammentreffen oder nicht? Diese Frage beschäftigt seit einigen Tagen lebhaft die Pariser Presse. Offenbar ist man sich in Paris über die Zweckmäßigkeit einer solchen Begegnung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ganz einig. In der Frage der gegenüber Italien einzuschlagenden Politik bestehen zwischen Poincaré und Briand seit geraumer Zeit erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die schon seit kurz nach der Genfer Tagung datieren. Poincaré forderte damals — offenbar um ein Gegengewicht gegen eine allzu rasche Entwicklung der Briand'schen Pläne bezüglich des Ausgleichs mit Deutschland zu schaffen — daß Briand eine persönliche Ansprache mit Mussolini herbeiföhre. Briand lehnte eine solche als zwecklos ab, da einerseits Mussolini auf einen Meinungsaustausch mit Frankreich keinen Wert lege und Frankreich andererseits es nicht nötig habe, Italien nachzulaufen und etwa Opfer bezüglich Tunis' oder Syriens zu bringen. Der Konflikt nahm feinerseits so scharfe Formen an, daß Briand mit seinem Rücktritt drohte, worauf dann Poincaré allerdings seinen Plan einzuweilen zurückstellte.

Aufgegeben hat er seine Absichten aber keineswegs. Ihm schwebt eine Art Rückversicherungsvortrag mit Italien vor, in dem Italien, gegen Zugeständnisse in der Mandatsfrage und in der Behandlung der Italiener in Tunis, eine Garantie für Beibehaltung des österreichischen Anschlusses an Deutschland und Aufrechterhaltung des Status quo an der deutschen Ostgrenze übernehmen sollte.

Da die offizielle Verfolgung dieser Ziele durch die energische Stellungnahme Briands einwirken unmöglich gemacht ist, betreibt Poincaré seine Pläne vorläufig durch Bearbeitung der öffentlichen Meinung. Zu bemerken ist aber doch, daß auch Briand durchaus nicht darauf aus ist, eine Italien feindliche Politik zu betreiben. Im Gegenteil, beabsichtigt auch er, von der Möglichkeit einer Entspannung zwischen Paris und Rom für seine Verhandlungen mit Deutschland Gebrauch zu machen. Er schäht aber die Unzuverlässigkeit Italiens — insbesondere im Verhältnis zu Frankreich — richtig genug ein und kennt die wahren Pläne des Faschismus zu gut, um eine weitreichende Politik auf solchem Fundament aufzubauen und die Möglichkeiten der von ihm nach wie vor angestrebten Verständigung mit Berlin dafür hinzugeben.

Erdrück bei Aizza.

Ein Dorf verschüttet. — Mindestens 20 Todeopfer.

Infolge anhaltender Regenquähe hat in den französischen Alpen ein ungeheurer Versatz stattgefunden, durch den besonders das Dorf Aizza bei Nizza heimgesucht worden ist. Etwa 20 Häuser wurden durch die niedergegangenen Fels- und Erdmassen verschüttet. Die Zahl der bei der Katastrophe ums Leben gekommenen Personen steht noch nicht fest, doch ist sicher, daß wenigstens 20 Menschenleben vernichtet wurden. Die Bergwand hatte schon seit längerer Zeit bedrohliche Risse gezeigt, ohne daß man indes die nötigen Vorkehrungen getroffen hätte. Der Niedergang der ungeheuren Bergmassen erfolgte in den frühesten Morgenstunden, als die Einwohner sich noch in tiefem Schlummer befanden. Die Anfassen der unverfehrt gebliebenen Häuser stüchelten panikartig.

Die außenpolitische Ansprache.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 24. November 1926.

Bevor der Reichstag heute die außenpolitische Ansprache fortsetzte, billigte er in zweiter und dritter Lesung ohne Ansprache die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und laarländischer Industrien, den deutsch-polnischen Vertrag zur Regelung der Grenzverhältnisse und das Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Freien Stadt Danzig andererseits.

In der dann fortgesetzten außenpolitischen Ansprache erklärte Abg. Dr. v. Brüdermann (Bgg.), nach der Rede des Herrn Dr. Hoeßlich müßte die Deutschnationale ruhig in die Regierungskoalition aufnehmen. (Seitens der) Die Wirtschaftliche Vereinigung habe sich nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund lokal hinter die Regierung gestellt, weil man einer vollzogenen Tatsache gegenüberstand. Auffallend sei, daß alle Entwurfsnotizen sich gegen die nationalen Verbände richteten, nicht aber gegen das militärische Reichsbanner Schwarz-Weiß-Gold.

Abg. Müller (Soz.) hält das Verhalten des deutschen Botschafters in Washington bei der Flagenhebung für gerechtfertigt. Die Deutschnationalen wollen anscheinend nach der Rede des Abg. Hoeßlich zu urteilen, mit aller Macht in die Regierung hinein. Der Redner polemisiert dann weiter gegen die Deutschnationalen und bezweifelt, ob Dr. Hoeßlich für die gesamte deutschnationale Fraktion gesprochen habe. Die Politik von Genf konnte nur gemacht werden, weil die Sozialdemokratie sie seit Jahren unterstützt habe. Wenn man jetzt von „Verletzungspolitik“ spreche, so sei auch das Erfüllungspolitik. Der Redner erklärt die Behauptung Poincarés für falsch, Frankreich habe niemals eine Politik des Partes und der Ränke betrieben. Erst durch die Wahlen vom Mai 1924 sei in der französischen Politik ein Umschwung eingetreten. Die Sozialdemokratie sei für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund eingetreten, weil sie der Auffassung sei, daß der Völkerverbund nur von innen reformiert werden könne. Der Redner fuhr dann fort: Wir erstreben den Frieden Europas. Dazu ist in Locarno und Thoiry der Grund gelegt worden. Die Politik von Locarno und Thoiry bedeutet den

endgültigen Verzicht auf Selbstverleugern.

Die Deutschnationalen widersprechen nicht und sie wollen diese Politik mitmachen. Auf der andern Seite bedeutet diese Politik, daß die Franzosen ein für alle Mal auf ihren historischen Drang nach dem Rhein verzichten müssen. (Beifall.) Wir verlangen die völlige Befreiung des jetzt besetzten Rheinlandes und die volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität in diesem Gebiet. Wir wünschen die beschleunigte Wiedergabe des Saargebietes.

Die allgemeine Erklärung ist nicht nur Deutschland, sondern allen Völkern verbrochen worden. Wird sie nicht durchgeführt, so müßte das aus seiner Krise im Völkerverbund führen.

Abg. Graf zu Reventlow (Bölk.) bezeichnet die Flagenhebung des deutschen Botschafters in Washington am Völkerverbundstage als eine Schädigung des deutschen Ansehens. Der Antrag auf Wiederaufrufung der Kriegsschuldfrage verkenne die Situation. Die Aufrollung der Schuldfrage sei nicht zu erreichen, solange die Dawesgesetzgebung, die Locarnoverträge bestehen und Deutschland dem Völkerverbund angehört.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dnt.) erklärte, daß die Ausführungen Dr. Stresemanns nicht geeignet gewesen seien, die deutschnationalen Ansichten über die Kriegsschuldfrage der Völkerverbundtage zu erschüttern. Es seien im Anschluß an Genf und Thoiry Diskussionen erweckt worden, die keine Erfüllung gefunden haben. Der Minister ist nicht von der Schuld frei geworden, daß er diese Hoffnung genährt hat. Er hat nicht darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen von Thoiry sich über Monate und Jahre hinzögen können. (Seit, hört! rechts.) Er hätte dann wenigstens für das besetzte Gebiet diejenigen Erschließungen auswirken müssen, die nach seinen eigenen Ausführungen damals in Genf zu haben waren. Auch die Ausführungen des Ministers über die Militärkontrolle haben nicht überzeugt. Der Völkerverbund hat ein ganzes System von Untersuchungen über die Bestimmungen des Versailles Vertrages hinaus aufgestellt. Diese Untersuchungsordnung schwebt über unserem Haupte wie ein Damokles'scher Schwert. Die Tatsache, daß heute aber uns das Damokles'schwert der Untersuchungsordnung schwebt. Der Redner wendet sich gegen die Erklärung des Außenministers über das Verhalten des deutschen Botschafters in Washington in der Flagenfrage. Es geht nicht an, daß der Völkerverbundtag als etwas Geheimnis ansehlich wird in Warschau, London und Washington. Ins liegen auch Nachrichten vor, daß der deutsche Botschafter in Warschau sich an einem Teil der Völkerverbundtagsteilnehmern beiläufig hat. Wir bitten den Minister, dazu Stellung zu nehmen.

Als nächster Redner tritt

Reichswehrminister Dr. Gessler

Das Wort. Der Minister erklärt, daß er genau darüber unterrichtet gewesen sei, daß General Watier 1923 über die Besetzungstruppen herfallen wollte. Heftige Pläne seien auch 1925 erörtert worden. Er habe General Watier streng überwachen lassen. Wenn der Bolschewist des Reichswehrministeriums darauf aufmerksam gemacht habe, entspricht das nicht den Tatsachen. Dafür, daß auch der Oberst Nicolai in diese Angelegenheit verwickelt sei, habe man keine Anhaltspunkte. Söberlings Ermittlungen in dieser Richtung seien ergebnislos geblieben.